



Das Patentrezept

Staat ohne Steuern - Bürgergeld für jeden

Die Lösung der volkswirtschaftlichen Probleme wie Arbeitslosigkeit, staatliche und private Verschuldung, Geldmangel, Armut und Not.

Man muß so einfach denken wie ein Kind. Man kann Probleme nicht mit den Denkweisen lösen, die zu ihnen geführt haben.
Albert Einstein

Mißstände des etablierten Wirtschaftssystems
Die Ursachen der Misere
Die Lösung
Das Kreditsystem
Das Ziel
Der Weg zum Ziel

Umdenken:

Anstiftung zur Freiheit

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Wir haben eine hoch technisierte und automatisierte Wirtschaft. Mit wenig arbeitenden Menschen werden viele Waren produziert, so viele, daß sie für alle reichen könnten. Sogar Menschen aus armen Ländern könnten teilweise mit versorgt werden.

Die Kaufhäuser sind mit Waren gefüllt. Würde ein Kaufhaus plötzlich leergekauft, so wäre es schon bald wieder aufgefüllt. Auch das Angebot an Dienstleistungen ist fast grenzenlos. Die Werbung zu mehr Konsum hat ein Ausmaß erreicht, daß es zur Plage wird. Die Wirtschaft will noch mehr Waren absetzen. Ihre Leistungsgrenze ist längst nicht erreicht. Es gäbe eigentlich keinen Grund für Armut und Not.

Kurzum: Für Geld bekommt man alles.

Neben dem Wohlstand eines Teils der Bevölkerung gibt es andererseits Geldknappheit, Armut und Not.

Mißstände des etablierten Wirtschaftssystems:

15 % der Deutschen leben unter der Armutsgrenze (DIW 2003). Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wächst ständig. Fast eine Million Kinder leben von Sozialhilfe. Es gibt immer mehr Zuzahlungen bei Medikamenten und Kürzungen bei Kuren. Für die Unterbringung in Seniorenheimen reicht die Altersversorgung meist nicht aus. Das gilt trotz Pflegeversicherung erst recht für Pflegeeinrichtungen. So kann man schnell zum Sozialfall werden. Viele Menschen leben in miserablen, nicht zeitgemäßen Wohnverhältnissen. Ca. eine Million Menschen sind obdachlos, während die Bauindustrie über mangelnde Aufträge klagt. Viele Bauarbeiter sind arbeitslos.

Nicht nur Privathaushalte haben Geldsorgen, auch die Wirtschaft und folglich Kommunen, Länder und der Bund, was zu stetig wachsender Verschuldung führt.

Jeder Wirtschaftsteilnehmer, vom Obdachlosen bis zum Bund, versucht, unter den gegebenen Umständen zu überleben. Für einen kleinen Teil der Bevölkerung und der Wirtschaft ist das kein Problem. Für viele ist das nur durch Einschränkungen möglich, die im großen Stil durch die abnehmende Nachfrage, zu steigender Arbeitslosigkeit führen.

Viele Unternehmen versuchen zu überleben, indem sie Arbeitsplätze abbauen oder in Länder mit niedrigerem Lohnniveau verlagern. Manchen hilft auch das nicht mehr - sie müssen aufgeben. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche erreicht immer neue Rekorde.

Die Kommunen stehen vor dem finanziellen Kollaps. Sie können kaum noch Kindergärten, Schwimmbäder, Bibliotheken und Theater unterhalten. Diese konnten zu einer Zeit gebaut und auch betrieben werden, in der weit weniger Überfluß vorhanden war, als jetzt. Selbst die Weihnachtsbeleuchtung stand schon zur Disposition.

Der Staat versucht seinen Haushalt durch Einsparungen zu „konsolidieren“.

Bei Bildung und Forschung, die wichtige Zukunftsinvestitionen darstellen, wird gekürzt. Sozialleistungen werden abgebaut, Straftaten (Personalengpässe wegen Geldmangel) nicht verfolgt, die medizinische Versorgung wird auf das Allernötigste beschränkt u.v.m. Der Staat versucht finanziellen Spielraum zu gewinnen, indem er Personal abbaut, also nichts anderes, als die Politiker der freien Wirtschaft vorwerfen. All das reicht aber nicht aus. Der Rest muß durch Neuverschuldung aufgebracht werden. In den Haushaltsdebatten steht nicht die Frage an - Schulden machen oder nicht? Es wird nur über die Höhe der Neuverschuldung debattiert. Die Staatsverschuldung steigt mit einer Rate von ca. 2000 € pro Sekunde. Um die Einstiegsriterien für den Euro überhaupt zu erreichen, wurden die Krankenhausschulden einfach aus der Gesamtschuldenmasse herausgenommen.

Die sogenannte „Sparpolitik“ (*Hier ist das Wort falsch gewählt. Sparen kann nur, wer etwas auf die Seite legen kann - aber nicht etwa der Bund!*) ist – wie schon erwähnt – eine Reduzierung der Nachfrage, die steigende Arbeitslosigkeit bewirkt. Dies ist ein Teufelskreis, der zum totalen Kollaps führen muß. Eine Wirtschaftskrise im Ausmaß von 1929 ist durchaus denkbar.

Bei diesem Fortgang entsteht Unzufriedenheit, Wut und Kriminalität unter der Bevölkerung.

Auf der anderen Seite dieses Verschuldungsproblems stehen die Gläubiger. Vieles wird klar, wenn man bedenkt, daß allein die deutschen Millionärshaushalte ca. 50% des zinsbringenden Anlagevermögens besitzen und die Milliardäre in unserem Land ca. 20 Mrd. € jährlich an Zinsen kassieren.

Wußten Sie übrigens, daß

- beim Hausbau in der Regel mehr Zinsen zu zahlen sind, als Geld aufgenommen wurde?
- sich das Anlagevermögen ca. alle zehn Jahre verdoppelt (Zinseszins-Effekt), d. h. dementsprechend auch der Zinsanspruch an die Wirtschaftsteilnehmer, also an Sie und mich?
- sich seit 1945 bereits wieder 90% des zinsbringenden Vermögens in nur 10% der deutschen Haushalte konzentriert hat und weltweit nur 350 Haushalte 50% des Gesamtvermögens besitzen?
- das Großkapital jährliche Zuwachsraten (Renditen) in der Größenordnung von 10% erzwingt, während Löhne und Gehälter in einem Maße steigen, daß nicht viel mehr als ein Inflationsausgleich herauskommt?
- der t ä g l i c h e Zinsgewinn eines Anlage-Milliardärs nahezu 300.000 (in Worten: dreihunderttausend) € beträgt?

Es könnten noch eine ganze Menge Beispiele dieser Art angeführt werden (Quelle: Karl E. Gundlach, Goldring-Mitglied und Buchautor). Dies soll jedoch aus Platzgründen genügen.

Wie man sieht, ist genug Geld bzw. Guthaben da, nur nicht dort, wo es gebraucht wird.

So mancher Herzinfarkt geht auf das Konto der angespannten Situation.

Im Krieg und den ersten Jahren danach mußte auf viele Dinge verzichtet werden, da die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stark gelitten hatte. Anders aber heutzutage, am Anfang des 21. Jahrhunderts, wo es ein Waren- und Leistungsangebot im Überfluß gibt. Dieser Überfluß wäre ein Grund, sich zurückzulehnen, glücklich und zufrieden zu sein. Es ist aber geradezu paradox, in dieser Zeit trotz höchster Anstrengungen, auf alles Mögliche verzichten zu müssen.

Ich möchte hierzu ein Gleichnis erzählen.

Stellen Sie sich vor, in Ihrer Wohnung brennen alle Lichter nur noch dunkel, der E-Herd wird nicht heiß genug, der Staubsauger läuft nur langsam, die Kaffeemaschine braucht lange Zeit, die Küchenmaschine hat nur wenig Kraft.

Es ist naheliegend, daß es hierfür eine gemeinsame Ursache gibt. Auch wenn der Hausherr nur mittelmäßig gebildet ist, wird er nicht bei den einzelnen Geräten nach Fehlern suchen. Er wird mit ein bißchen Weitblick erst mal die Netzspannung messen. Unterspannung wäre wohl hier auch der Grund für die Misere.

Wie in dem Gleichnis alle Geräte auf elektrischen Strom angewiesen sind, so alle Wirtschaftsteilnehmer auf das Geld. Wenn es überall fehlt, sollte man nicht die Ursachen bei jedem einzelnen Haushalt suchen. Es

muß wohl ein Fehler im System sein.

Es ist nicht zu erwarten, daß unsere Politiker die Probleme lösen werden, da sie nicht einmal in der Lage sind, die Probleme zu erkennen.

Wenn Herr Dr. Waigel, Finanzminister bis 1998, die sogenannte "Sparpolitik" damit rechtfertigen will, indem er sagt, die deutsche Wirtschaft sei an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, so hat er wohl die Zusammenhänge nicht verstanden. Wie paßt es zusammen, daß viele Unternehmen Personal abbauen, die Zahl der Konkurse besorgniserregend steigt, die Arbeitslosigkeit ein andauerndes Problem ist, aber die Läden voller Waren sind und der Briefkasten täglich von Werbematerial überquillt?

Wenn der Bundesbankpräsident Tietmeyer am 12. 3. 1994 behauptete, die deutsche Wirtschaft sei überfordert mit den Belastungen der Wiedervereinigung, so ist auch dies offensichtlich eine Fehldiagnose. Wenn die ostdeutsche Wirtschaft zu Boden gegangen ist, so müßte die westdeutsche um so mehr produzieren, um die arbeitslose Ostbevölkerung mit zu versorgen. Der Aufschwung im Westen blieb jedoch aus. Nach wie vor haben wir viele Arbeitslose.

Auch andere Länder haben die gleichen Probleme, z. T. noch stärker ausgeprägt, hatten aber keine Wiedervereinigung zu finanzieren. Sie kann also nicht der Grund dafür sein, daß wir uns manche Dinge nicht mehr leisten können und sogar Sozialleistungen gekürzt werden, was besonders im Gesundheitswesen (ältere Mitbürger!) kraß in Erscheinung tritt.

Die Ursachen der Misere:

Man sagt, wenn jemand mit dem Geld nicht zurechtkommt, hat er eben über seine Verhältnisse gelebt, falsch gewirtschaftet. Das reden uns die Politiker ein und die ganze Welt glaubt es. In Einzelfällen mag das zutreffen. Es ist aber keinesfalls so, daß alle, die trotz großer Anstrengungen und Fleiß verschuldet sind, falsch gewirtschaftet haben.

Wohl läßt sich bei Obdachlosen, verschuldeten Familien, Unternehmen, den Länderhaushalten und auch beim Bund vielfach Mißwirtschaft nachweisen. Wenn öffentliche Aufträge als Auswirkung dieser Einsparpolitik gestrichen werden, führt dies durch die fehlende Nachfrage wiederum zu verstärkter Arbeitslosigkeit. Dies bedeutet andererseits Wegfall von Steuereinnahmen, wodurch sich das Problem verschärft. Es müssen dadurch weitere staatliche Zuwendungen gekürzt werden usw. Dies ist der bereits oben beschriebene Teufelskreis. So versuchen unsere Politiker an allen Ecken und Enden zu „sparen“, was meistens diejenigen betrifft, die sich am wenigsten dagegen wehren können,

anstatt nach der eigentlichen Ursache der Misere zu suchen.

Die Ursache der Geldnöte liegt weder daran, daß die Industrie zu wenig Waren produzieren könnte, noch, daß die Arbeitslosen arbeitsunwillig wären, sondern am Geldsystem.

Die Problematik des herkömmlichen Wirtschaftssystems soll nachfolgend an einem 3-Personen-Modell mit hoher Arbeitslosigkeit dargestellt werden.

Arbeitslosenversicherung



	AL-Versicherung	Arbeitsloser	Arbeitsloser	Produzent
1	000000000000000000	-	-	-
2	-	00000000	00000000	-
3	-	-	-	000000000000000000
4	00000000	-	-	00000000
5	-	0000	0000	00000000
6	-	-	-	000000000000000000
7	0000	-	-	00000000000000
8	-	00	00	00000000000000

In meinem Modell arbeitet nur ein Drittel der „Gesamtbevölkerung“. Dies wäre eine Arbeitslosenquote von 66 2/3%. Die Prozentzahl bezieht sich allerdings auf die „Gesamtbevölkerung“, während sich die offizielle Arbeitslosenstatistik auf eine andere Basis, die sog. Erwerbspersonen bezieht. Dieser Begriff ist recht unklar definiert und bezieht sich nur auf einen Teil der Bevölkerung. Mein Modell ist also noch problematischer als die Wirklichkeit. Es wird vorausgesetzt, daß die Leistungsfähigkeit des Produzenten so groß ist, daß er leicht die beiden Arbeitslosen (AL) und sich selbst mit Wirtschaftsgütern versorgen kann.

Ich gehe davon aus, daß sich in der Kasse der Arbeitslosenversicherungsanstalt (ALV) eine Geldmenge von 16 Geldeinheiten (GE) befindet. Die AL und der Produzent haben zunächst kein Geld (Tabelle Zeile 1).

Der Staat, hier vertreten durch die ALV, zahlt für den 1. Monat an jeden AL 8 GE Arbeitslosengeld (Zeile 2).

Nun können sich die AL die Waren des Produzenten kaufen und bringen das Geld zum ihm. Die AL haben zwar nun kein Geld mehr, sind aber für einen Monat mit Waren versorgt. Das Geld ist jetzt bei dem Produzenten (Zeile 3).

In unserem etablierten Sozialsystem ist es so, daß derjenige, der Arbeit und damit Einkünfte hat, in die ALV einbezahlt, woraus die AL finanziert werden sollen. Der Beitrag zur AL-Versicherung beträgt in unserem Beispiel 50 % der Einkünfte. Die Einkünfte des Produzenten waren 16 GE, er muß folglich 8 GE in die AL-Versicherung einbezahlen.

Der Staat hat nun in der ALV-Kasse nur noch 8 GE. Die anderen 8 GE sind beim Produzenten verblieben (Zeile 4).

Nun kommt aber der zweite Monat und die AL brauchen wieder Geld. Der Staat kann aber jedem AL nur noch 4 GE geben (Zeile 5).

Ich denke, bis dahin ist alles klar und Sie können sich schon denken, wie es weiter geht.

Die AL müssen sich einschränken, denn sie bekommen für 4 GE nur noch halb so viel Waren wie im ersten Monat, wobei ich bewußt außer Betracht lasse, daß sich nicht ständig ein neues Gleichgewicht zwischen Geldmenge und Warenangebot einstellt (deflationäre Tendenz). Sie bringen das Geld wieder zum Produzenten (Zeile 6).

Die Einkünfte des Produzenten sind im zweiten Monat folgerichtig nur noch 8 GE. Er wundert sich, daß die Leute so wenig kaufen. Er fragt sich, ob etwa der Markt gesättigt ist. Scheinbar haben die Leute alles was sie brauchen. Das Geschäft geht schlecht.

Merken Sie etwas? In der aktuellen Wirtschaftsberichterstattung ist im Zusammenhang mit der schleppenden Konjunktur immer wieder die Rede von Kaufzurückhaltung. Das klingt so, als wären die Leute skeptisch (weswegen wohl?) und wollten ihr Geld nicht ausgeben. In Wirklichkeit fehlt den Leuten das Geld, genau wie in unserem Modell. Welche Ironie? Von seinen Einnahmen, nun 8 GE muß der Produzent wieder 50 % abführen, also 4 GE. Er hat nun noch 12 GE (Zeile 7).

Für den dritten Monat bekommen die AL demnach nur noch je 2 GE (Zeile 8), die sie ebenfalls für Einkäufe beim Produzenten aufwenden müssen.

Wohin das führt, wenn das so weiter geht, dürfte jedem klar sein. Infolge der ausbleibenden Nachfrage, kommt die Produktion letztlich zum Stillstand.

Ich gehe davon aus, daß die Funktion der Arbeitslosenkasse (als schlichte Umverteilungsstation wie ein Automat) keiner näheren Erklärung bedarf.

Nehmen wir an, die beiden AL seien Staatsangestellte, z. B. ein Polizist und ein Lehrer, die aus Steuermitteln bezahlt werden müßten. Das Thema Arbeitslosigkeit wäre dann vom Tisch, das Problem aber das gleiche.

Dann wären die Abgaben für den Produzenten keine AL-Versicherungsbeiträge, sondern Steuern. Der Steuersatz von 50 % der Einkünfte reichte auch dann nicht aus.

An dieser Stelle möchte ich auf Silvio Gesell eingehen.

Silvio Gesell war ein Wirtschaftsreformer und lebte von 1862 bis 1930.

Er hatte erkannt, daß die Geldhortung ein Problem ist. Er meinte, das Problem wäre dadurch zu lösen, daß das Geld einen natürlichen Verfall, wie die Waren auch, haben sollte. Bildlich könnte man es so darstellen, daß beim Produzenten in gewissen Zeitabständen je eine Münze verschwindet. Damit sollte ein Anreiz gegeben sein, das Geld möglichst schnell weiterzugeben um einen Verlust zu vermeiden.

Zur Weitergabe von Geld gibt es grundsätzlich 3 Möglichkeiten:

1. Man kauft sich etwas dafür,
2. man verleiht das Geld oder
3. man verschenkt das Geld.

Die 1. Möglichkeit scheidet in diesem Modell aus, weil die beiden AL nichts zu verkaufen haben und der Produzent Selbstversorger ist.

Zu 2.: Geld verleihen wird man nur, wenn man sicher sein kann, daß man es zu gegebener Zeit, wenn man es selber braucht, zurückbekommt. Die beiden AL brauchten das Geld dringend, aber sie könnten es nie zurückzahlen. Das weiß der Produzent und natürlich auch sie selbst. Diese Variante scheidet also ebenfalls aus.

Zu 3.: Der Produzent wird wohl sein Geld nicht verschenken, denn dafür hat er ja gearbeitet und sieht es als Altersvorsorge an.

Obwohl das Geld in der Hand des Produzenten ständig an Wert verliert, also – um es mit Gesell zu sagen - verrostet, verfällt es mangels Angebot wahrscheinlich. Statt das Geld an die bedürftigen AL zu verschenken, könnte er ihnen gleich Sachleistungen gewähren.

Dieses Problem ist also auch durch ein Schwundgeld, eine sogenannte Umlaufsicherung nach Gesell, nicht zu lösen.

Die Lehre nach Silvio Gesell, die viele Anhänger hat, löst das vorher beschriebene Problem nicht. Es ist zu erwarten, daß damit auch eine makroökonomische Krisensituation der beschriebenen Art nicht zu lösen und deshalb nicht als allgemeingültig anzusehen ist. Das schließt natürlich nicht aus, daß es begrenzte Szenarien gibt, in denen das Konzept von Gesell Vorteile bringt, wie etwa in Wörgl 1932/33.

Angenommen, der Produzent ist in diesem Modell ein Landwirt, der einen Traktor und einen Pflug besitzt, also eine technische Ausrüstung, die ihn teilweise unabhängig von menschlicher Arbeitskraft macht. Praktisch ist ein moderner Maschinenpark aus unserer hochtechnisierten Landwirtschaft (Agrarindustrie) kaum noch wegzudenken.

Nun kommt manchen die Idee, wenn schon immer mehr Maschinen für uns arbeiten, so muß der Unternehmer für die von seinen Maschinen erwirtschafteten Einkünfte Steuern zahlen, da sonst keine menschlichen Arbeitskräfte als Besteuerungsgrundlage vorhanden sind. Auch hier kommt das Geld für eine eventuelle Maschinensteuer nicht unmittelbar aus der Maschine, die das Produkt hergestellt hat, sondern von den Kunden des Produzenten. Die Beweggründe der Befürworter sind nachvollziehbar (Ausfall von Verdienst und Besteuerungsgrundlage wegen Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen). Es spielt jedoch im Ergebnis keine Rolle, ob es sich um eine Arbeitslosenversicherung, eine Maschinensteuer oder eine andere Abgabe bzw. die Kombination aus diesen verschiedenen Komponenten handelt. In jedem Fall müßte der Produzent alle seine Einkünfte abgeben. Er würde außer für den Eigenbedarf seine Produktion einstellen.

Eine Maschinensteuer löst das Problem also nicht.

Ebenso wäre es mit einer Abgabe aufgrund seines Grundstückes, das er für sich zum Wohnen und als landwirtschaftliche Fläche nutzt.

In diesem extrem vereinfachten Modell käme es zum Schluß aufs gleiche heraus, wenn der Produzent gleich jedem Arbeitslosen das Geld schenkte. Statt Arbeitslosengeld könnte es sich in der Praxis auch um

Beamtenbezüge oder Sozialhilfe handeln. Demgemäß kommt es auch nicht darauf an, wie man die staatlichen Einnahmen bezeichnet, z. B. als Steuer, Beiträge oder sonstige Abgaben.

Nun suchen natürlich die Politiker - in dem etablierten System – nach Auswegen aus dem Dilemma.

Sie könnten

1. ständig neues Geld drucken lassen (rasante Inflation).
2. Abgaben erhöhen (auch 90% AL-Versicherungsbeitrag reichten nicht aus)
3. Ausgaben reduzieren (AL-Geld kürzen)
4. Staatsverschuldung (der Staat leiht sich Geld bei dem Produzenten).
Der Staat gibt das Geld wieder aus, es landet wieder bei dem Produzenten und er (der Staat) muß sich dasselbe Geld erneut leihen – und das immer wieder. Da der Staat die Zinsen mit finanzieren muß, nimmt die Staatsverschuldung ein exponentielles Wachstum an.
5. an die Eigenverantwortung der Bürger appellieren. Sie sollen sich nicht nur auf den Staat verlassen und selbst für ihre Existenz sorgen.
6. unrentable Einrichtungen (hier: Arbeitslosenversicherungsanstalt) privatisieren. Der Staat könnte versuchen, die AL-Versicherung einem der beiden AL zu übertragen. Da dieses Angebot auch für ihn keine Vorteile brächte, eine unrealistische Vorstellung.

Alle diese Punkte sind zu unterschiedlichen Anteilen Realität. Die Arbeitslosenversicherung ist zwar noch staatlich, andere öffentliche Einrichtungen sind bereits privatisiert.

Das Problem wird offensichtlich, wenn man in unserer realen Wirtschaft den Automationsstand theoretisch ins Extreme übertreibt. Geht man davon aus, daß unsere Wirtschaft total automatisiert und so leistungsfähig ist, daß alle Bürger mit Waren versorgt werden könnten, hätte niemand mehr Arbeit. Folglich erhält niemand einen Arbeitslohn, von dem er einen Teil, z. B. als Arbeitslosenversicherungsbeitrag abführen könnte.

Als Ausweg aus dem Dilemma sehen die Politiker die „Bekämpfung“ der Arbeitslosigkeit. Dieser „Kampf“ könnte aber nur gewonnen werden, wenn die hoch technisierten Fertigungseinrichtungen verschrottet, und alles wieder von Hand produziert würde. Wollen wir das wirklich? Es war doch gerade die Automatisierung, die uns einen Wohlstand mit vielen Annehmlichkeiten geschaffen hat. Wenn es nicht anders ginge, müßte man das wohl tatsächlich tun. Es geht aber anders, wie ich nachfolgend am gleichen Modell zeigen werde.

Die Lösung

In meinem Konzept stellt sich die gleiche Situation wie folgt dar:



	Staatsbank	Arbeitsloser	Arbeitsloser	Produzent	Guthaben
1	oooooooooooooooo	-	-	-	0
2	-	ooooo	ooooo	ooooo	0
3	-	-	-	oooooooooooooooo	0
4	oooooooooooooooo	-	-	-	15
5	-	ooooo	ooooo	ooooo	15
6	-	-	-	oooooooooooooooo	15
7	oooooooooooooooo	-	-	-	30

Das Symbol (dieses Gebäude) steht nicht mehr für die AL-Versicherungskasse, sondern für die Staatsbank.

Bei einem geschlossenen (Geld-)Kreislauf gibt es keinen Anfang und kein Ende, man muß halt mit der Beschreibung irgendwo beginnen. Ich gehe hier davon aus, daß sich in der Kasse der Staatsbank eine

Geldmenge von 15 Geldeinheiten (GE) befindet. Die AL und der Produzent haben zunächst kein Geld (Tabelle Zeile 1).

Die Staatsbank führt für jeden Bürger ein Konto. Die Kontostände der AL bleiben in diesem Modellbeispiel auf Null, weshalb ich auf die Darstellung verzichte. Das (Guthaben-)Konto des Produzenten ist in der rechten Spalte dargestellt.

Die gesamte Geldmenge beträgt in der Folge 15 GE. Der Kassenbestand in der Staatsbank ist die absolute Obergrenze für den aktuellen Staatshaushalt. Alle Konten stehen zunächst auf Null.

In diesem System gibt es kein Arbeitslosengeld, statt dessen Bürgergeld. Es braucht niemand seine Bedürftigkeit nachzuweisen. Das macht die Sache durch Wegfall des bürokratischen Aufwandes, d. h. Definition von Bedürftigkeit, Art der Nachweise, Entwicklung und Auswertung von Formularen etc., sehr einfach.

Nun zahlt die Staatsbank jedem Bürger 5 GE Bürgergeld (Zeile 2).

Jetzt kaufen sich die AL Waren vom Produzenten und bringen ihr Geld zu ihm.

Der Produzent hat nun die gesamte von der Staatsbank ausgegebene Geldmenge (Zeile 3).

Nach diesem Konzept hat niemand Abgaben an den Staat zu entrichten, also keine Steuern, keinen Beitrag zur AL-Versicherung, keinen Beitrag zur Rentenversicherung, keinen Beitrag zur Krankenversicherung – einfach nichts.

Der Produzent möchte sein Geld natürlich sicher verwahren.

Je höher die vorhandenen Geldbestände im Einzelfall sind, umso größer ist auch das Risiko von Diebstählen bzw. Einbrüchen. Außerdem verursacht die Sicherung der Geldbestände Kosten (Tresor, Alarmanlage, Bewachung...) und wäre insgesamt gesehen unwirtschaftlich. Die Staatsbank erfüllt dieses Bedürfnis nach Sicherheit, das im allgemeinen eine primäre Rolle spielt. Das sehe ich als **ein** Argument, das Geld, das man im Moment nicht braucht, zur Bank zu bringen.

Ein weiteres Argument dafür wäre die Möglichkeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Ein Kaufhaus z.B. könnte zwar den Lohn für die Mitarbeiter im Hause in bar bezahlen, für die Lieferanten aber ist der bargeldlose Zahlungsverkehr von erheblichen Vorteil. Auch aus diesem Grund wird man das Geld aus den Kassen sicher täglich zur Bank bringen.

Ich bin mir nicht sicher, ob in der Realität diese „Antriebe“ dafür ausreichen werden, um die Hortung größerer Geldbeträge zu verhindern. Deshalb habe ich als zusätzliche Motivation, einen, wenn auch nur bescheidenen Zins vorgesehen. Meine Vorstellung bewegt sich in der Größenordnung von 1% pro Jahr. Es wird die Erfahrung zeigen, ob dieser Zinsfuß weiter reduziert werden oder gar entfallen kann. Es ist hervorzuheben, daß es sich nur um einen Guthabenzins handelt, dem kein Sollzins gegenübersteht. Ich gehe folglich davon aus, daß der Produzent das Geld zur Staatsbank bringt, die den Betrag (15 GE) seinem Konto gutschreibt. Das Geld ist nun wieder vollständig beim Staat (Zeile 4).

Nun kommt die Frage auf: Darf die Staatsbank das Geld, das ihr die Kunden anvertraut haben, ausgeben? Ja - sie darf es. Das ist auch im jetzigen Bankensystem so. Bringt ein Bankkunde einen 100€-Schein zur Bank und läßt den Betrag seinem Konto gutschreiben, so stapelt die Bank nicht die Geldscheine auf und wartet darauf, daß dieselben Kunden „ihr“ Geld wieder abheben. Eine Bank muß nur so viel Geld im Hause haben, daß sie die Nachfrage ihrer Kunden nach Bargeld befriedigen kann. Das ist weit weniger als die Summe aller Guthaben der Kunden. Das gilt auch für die Staatsbank in meinem Modell, die das Geld wieder ausgibt.

Nun zahlt die Staatsbank das Bürgergeld für den zweiten Monat aus, wieder 5 GE für jeden Bürger (Zeile 5).

Wieder geben die AL ihr ganzes Geld für Waren des Produzenten aus (Zeile 6).

Da der Produzent das Geld auch jetzt nicht braucht, bringt er es wieder zur Bank, die es seinem Konto gutschreibt, womit sein Kontostand jetzt 30 GE beträgt (Zeile 7).

Man erkennt, daß das Geld in einem geschlossenen Kreislauf zirkuliert. Es ist immer dasselbe Geld. An diesem Modell ist die Funktion des Geldes als Umlaufmittel gut erkennbar.

Der Kontostand des Produzenten ist nun, am Ende des 2. Monats, auf 30 GE angewachsen und damit höher als die gesamte Geldmenge. Es ist somit nicht möglich, daß der Produzent „**sein ganzes Geld**“ mit einem Mal wieder abhebt. Das ist in der herkömmlichen Geldwirtschaft ebenso. Die Menge aller Guthaben in Deutschland ist etwa 75 mal so groß wie die gesamte Geldmenge.

Irgendwann ist der Kontostand des Produzenten so hoch, daß er für den abschätzbaren Rest seines Lebens nicht mehr arbeiten muß und den Ruhestand auf gehobenem Niveau genießen kann.

Wenn er das tut ändert sich die Situation.

Eine solche Darstellung kann immer nur eine Situation/Zeitphase wiedergeben. Sie müßte deshalb der veränderten Situation angepaßt werden. Dies könnte so aussehen, daß einer der bisher Arbeitslosen die Rolle des Produzenten übernimmt. Um die Höhe des Bürgergeldes auf 5 GE zu belassen, sollte die Geldmenge etwas, z. B. von 15 auf 18 GE erhöht werden.

Der neue Produzent könnte dann den anderen Arbeitslosen und den zum Ruheständler gewordenen Produzenten versorgen.

Jetzt kann der Ruheständler zusätzlich zu seinem Bürgergeld bis zu 3 GE monatlich von seinem Guthaben abheben, um seinen Lebensstandard anzuheben. Wenn er zusätzlich zu seinem Bürgergeld monatlich 1 GE von seinem Guthaben beansprucht, reicht es also für 30 Monate. Bei höherer Inanspruchnahme verkürzt sich die Zeit entsprechend, d. h. bei 3 GE monatlich reicht es nur für 10 Monate. So kann die Ansammlung von Guthaben abgebaut werden. Wird einmal mehr Guthaben abgefordert, als Bargeld vorhanden ist, kann dies im Rahmen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs abgewickelt werden.

Wenn der Ruheständler sein Guthaben verbraucht hat, muß er sich allerdings wieder auf das Niveau eines Arbeitslosen einstellen, wenn er dann noch lebt. Da das Geld nun bei dem neuen Produzenten ankommt, bringt dieser es wohl auch wieder zur Staatsbank.

Es ist also bedenklich, im althergebrachten - wie auch in dem von mir entwickeltem System, ein Guthaben als Geld zu bezeichnen, obwohl es die Dimension des Geldes z. B. € hat.

Die korrekte Definition ist:

Ein Guthaben repräsentiert für den Kontoinhaber eine Anwartschaft auf Waren oder Leistungen anderer Wirtschaftsteilnehmer.

An den Kontoständen wird noch ein bedeutender Unterschied zu unserem gegenwärtigen Währungssystem und auch zu dem Verrechnungssystem der Tauschringe deutlich:

Die Kontostände der Arbeitslosen sind auf Null geblieben, sie haben nichts gespart. Der Produzent dagegen hat ein Guthaben von 30 GE.

Addiert man alle Kontostände dieser Wirtschaftsteilnehmer zusammen ($0 + 0 + 30$), ergibt dies die Summe 30. Dem gegenüber ist die Summe aller Kontostände in herkömmlichen Währungssystemen gleich Null, weil die Summe aller Guthaben gleich der Summe aller Verbindlichkeiten ist.

Im herkömmlichen System ist es rein mathematisch unmöglich, daß alle Bürger schuldenfrei leben. Würde niemand Schulden machen, könnte auch niemand Guthaben ansammeln.

Mein Konzept dagegen ermöglicht jedem Teilnehmer schuldenfrei zu leben.

Es ist keine Schuldenwährung.

Das schließt aber auch nicht aus, daß Waren oder Leistungen per Kredit in Anspruch genommen werden.

Es gibt Situationen, in denen dies durchaus sinnvoll ist, z.B. für den Bau eines Hauses. So lange zu sparen, bis der Betrag beisammen ist, wäre vielleicht möglich aber unzweckmäßig. Kredit ist nicht etwa geliehenes Geld, wie es vielfach im herkömmlichen Sprachgebrauch verwendet wird. Das Wort ist sinngemäß mit »Glaubwürdigkeit« zu übersetzen.

Wie ein humanes Kreditsystem beschaffen sein soll, möchte ich anhand der folgenden Geschichte erklären.

Das Kreditsystem

Im afrikanischen Busch lebt, fernab von jeder Zivilisation, eine kleine Gemeinschaft von Menschen. Sie haben keinen Kontakt zu anderen menschlichen Siedlungen. Sie wirtschaften ohne Geld. Einer bäckt das Brot für alle, ein anderer macht Schuhe, u.s.w.

Findet sich ein junges Paar zusammen, so helfen alle Männer zusammen und bauen den beiden von den vorhandenen Materialien eine Hütte. Der Mann, der nun mit seiner Familie die Hütte bewohnt, hat im Gegenzug die moralische Pflicht, bei weiteren Hüttenbauten ebenfalls mitzuhelfen. Im herkömmlichen Sprachgebrauch würde man sagen, er ist verschuldet.

Nun aber stirbt der Mann und hinterläßt eine Frau mit 5 Kindern, kann also der Verpflichtung, bei weiteren Hüttenbauten zu helfen, nicht mehr nachkommen.

Wenn nun eine weitere Hütte gebaut werden muß, beraten die übrigen Männer was geschehen soll. Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

1. Die Frau mit ihren Kindern muß die Hütte verlassen. Wo sie unterkommen, interessiert die anderen nicht und die Hütte bekommt das neue Paar oder
2. Die Männer entscheiden, daß die Familie in der Hütte bleiben darf und alle weiteren Hütten ohne den verstorbenen Mann gebaut werden.

Die Männer würden sicher nach der zweiten Variante entscheiden. Wahrscheinlich würden sie gar nicht darüber beraten. Es wäre für sie wohl selbstverständlich, daß die Frau mit den Kindern in der Hütte bleiben darf.

Das wäre human.

Die erste Variante entspricht unserem derzeitigen Kreditsystem. Es ist hart, eisig und inhuman.

Wenn im herkömmlichen System ein Schuldner die Zinsen nicht mehr bezahlen kann, greift die Bank auf die Sicherheiten zu und das wäre womöglich das Haus, in dem die Familie wohnt. Das Haus würde zwangsversteigert. Es kümmert die Bank wenig, ob die Familie obdachlos wird. Ob dann für sie vom Versteigerungserlös noch etwas übrig bleibt, sei dahingestellt. Vorrangig ist, daß die Bank schadlos bleibt. Bei langfristigen Finanzierungen ist der Zinsanteil meist wesentlich größer als die eigentliche Schuld.

Da im herkömmlichen System nahezu alle Geldkredite über Banken laufen, ist nicht jedem Schuldner ein Gläubiger zuzuordnen. Das macht die Sache anonym. Das Risiko verteilt sich somit auf die Geldgeber der Bank(en). Im Falle von Zahlungsunfähigkeiten sind die Leidtragenden also nicht nur die „Anleger“, die auf einen Teil ihrer Zinsgewinne verzichten müssen, sondern auch alle anderen Bankkunden, etwa Schuldner, die Verluste mit höheren Zinsen ausgleichen müssen, soweit der Markt dies hergibt.

Auch Kredite, die mit Hermesbürgschaften des Bundes an andere Länder gegeben wurden, fallen bei Zahlungsunfähigkeit dem deutschen Steuerzahler zur Last.

In meinem Konzept stellen Schulden eine moralische Verpflichtung dar. Sie sollen aber keine erdrückende Last sein, die womöglich in den finanziellen Ruin führt, also die Lebensgrundlage entzieht.

Wie es in meinem System vorgesehen ist, will ich an einem Beispiel demonstrieren:

Anton braucht ein Auto, hat aber das Geld nicht dafür. Er geht zu einem Autohändler und schildert seine Situation und fragt nach Ratenzahlungsmöglichkeit. Ob der Autohändler darauf eingeht, wird grundsätzlich von zwei Bedingungen abhängen:

1. Hat der Autohändler ein Überangebot an Autos?
2. Erscheint Anton kreditwürdig.

Hat der Händler genügend Kunden, die sofort bezahlen und keine Lagerbestände, wird Anton wohl keinen Erfolg haben. Hat der Händler dagegen Absatzprobleme, wird er wahrscheinlich auf Antons Anliegen eingehen. Täte er das nicht, so würden seine Autos mit Sicherheit an Wert verlieren, teilweise durch Witterungseinflüsse und durch technische Überalterung. Dies könnte sogar zu Verlusten führen, wenn ein Fahrzeug nicht mehr verkäuflich ist und entsorgt werden muß.

Ein Kreditgeschäft ist in meinem Konzept immer ein Risiko für den Kreditgeber, da er seine Ansprüche nicht juristisch durchsetzen kann. Dieses Risiko beschränkt sich in diesem Falle auf den Autohändler als unmittelbaren Geschäftspartner, da die Staatsbank keine Kredite vergibt. Er muß den Wertverfall seines Lagerbestandes gegen das Risiko abwägen, daß Anton seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Hat der Autohändler mehrere oder viele solche Kreditgeschäfte gemacht, so wird wohl der größte Teil seiner Kunden so viel Pflichtbewußtsein haben und das Auto abbezahlen. Es wird ihnen auch sehr viel leichter fallen als im jetzigen System, da hier **keine Zinsen** anfallen.

Hat der Autohändler sich für das Geschäft entschieden, stellt Anton einen »Kredit-Scheck« mit dem ausgehandelten Betrag aus und gibt diesen dem Autohändler.

Der Autohändler reicht diesen Kreditscheck bei der Staatsbank ein. Die Staatsbank bucht diesen Betrag auf Antons Kreditkonto negativ und auf das des Autohändlers positiv (siehe jeweils Zeile 5). Die Staatsbank kümmert sich nicht um die Höhe der Kredite und auch nicht um die Tilgung.

0001 Anton Schuldenburg			Gegenbuchung		Giro	Kredit	
Zeile	Datum	Text	Konto-Nr.	Betrag	Saldo	Betrag	Saldo
1	01.01.2000	Übertrag			3.000,00		
2	01.01.2000	Bürgergeld	0000	1.000,00	4.000,00		
3	03.01.2000	Auszahlung		-800,00	3.200,00		
4	03.01.2000	Miete	0003	-800,00	2.400,00		
5	10.01.2000	Auto	0002		2.400,00	-10.000,00	-10.000,00

0002 Auto-Bernhard			Gegenbuchung		Giro	Kredit	
Zeile	Datum	Text	Konto-Nr.	Betrag	Saldo	Betrag	Saldo
1	01.01.2000	Übertrag			9.000,00		
2	01.01.2000	Bürgergeld	0000	1.000,00	10.000,00		
3	06.01.2000	Auszahlung		-900,00	9.100,00		
4	07.01.2000	Rechnungen	0004	-3.000,00	6.100,00		
5	10.01.2000	Auto	0001		6.100,00	10.000,00	10.000,00

Die Zahlungsmoral:

Anton kann sich somit sicher sein, daß der Autohändler keine Forderung gegen ihn durchsetzen kann. Er könnte einfach nicht tilgen und sein Geld anderweitig ausgeben. Das würde ihm aber Nachteile bringen, wenn er etwas braucht, wofür das Geld nicht reicht, besonders, wenn es sich um unabweisbare Ausgaben für Notfälle handelt, die nicht anderweitig abgesichert sind (z.B. höhere Gewalt).

Durch das Zustandekommen des Geschäfts vermindert sich Antons Kreditwürdigkeit, während sie sich beim Autohändler erhöht (siehe vorstehende Tabelle), die letzterer womöglich bei einem Autohersteller auf die gleiche Weise einsetzen kann. Eine Abtretung der Forderung vom Autohändler auf den Hersteller gibt es jedoch nicht, damit die direkte Beziehung zwischen Gläubiger und Schuldner erhalten bleibt.

Angenommen, Anton möchte sich noch eine Luxus-Yacht per Kredit kaufen und müßte sich deshalb an eine Werft wenden. Diese würde dann mit Sicherheit Antons Kreditwürdigkeit prüfen und die Vorlage seines aktuellen Kontoauszugs verlangen. Anton müßte sich offenbaren, da er sonst sein Vorhaben nicht realisieren könnte. Dann würde der potentielle Gläubiger sehen, daß Anton bereits Zahlungsverpflichtungen hat und würde sehr wahrscheinlich nicht auf sein Anliegen eingehen, da ihm das Risiko wohl zu groß erschiene. Aus diesem Grunde wird Anton (jeder Schuldner) bemüht sein, seine Schulden zu tilgen.

Auf diese Weise ist die Höhe der Verschuldung aufgrund der Risikobereitschaft der Gläubiger und der allgemeinen Zahlungsmoral automatisch begrenzt.

Das Ziel

...besteht primär darin, das bestehende Wirtschaftssystem durch das beschriebene Alternativmodell auf der Grundlage des sog. Patentrezepts zu ersetzen.

Man sollte nicht danach streben, daß möglichst alle Menschen einer bezahlten Arbeit nachgehen, sondern

danach, daß auch alle Nichtarbeitenden ein sicheres, ausreichendes Einkommen haben. Es ist derzeit so, daß manche Menschen, denen man es eigentlich garnicht zumuten würde, wie z.B. Mütter mit mehreren Kindern, arbeiten gehen müssen, weil sie auf das Geld angewiesen sind. Andere dagegen, vor allem junge Leute wollen und sollten auch arbeiten, nicht nur des Geldes wegen - sie sind oft arbeitslos oder auf Sozialhilfe angewiesen.

Das von mir entwickelte Wirtschaftssystem sieht vor, daß jedermann, gleichgültig ob jemand Einkünfte aufgrund einer bezahlten Arbeit hat oder nicht,

vom Staat ein regelmäßiges Bürgergeld erhält.

Das Bürgergeld wird so hoch sein, daß man allein davon leben kann.

Da kommt sicher die Frage auf, wie hoch denn das Bürgergeld sei, bzw. was es für einen Lebensstil ermöglicht.

Volkswirtschaft ist nicht eine Wissenschaft wie z.B. die Physik, in der sich vieles mathematisch exakt vorausberechnen läßt. In der Volkswirtschaft hängt vieles von den Menschen ab und die Verhaltensweise von Menschen ist nur bedingt berechenbar.

Unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der (z.B. deutschen) Wirtschaft läßt sich abschätzen, daß der Lebensstandard eines Nur-Bürgergeldempfängers höher sein wird als der eines heutigen (2004) Sozialhilfeempfängers.

Dadurch, daß das Bürgergeld an jedermann gezahlt wird, also auch an diejenigen, die selbst Einkünfte haben, ist schon mal sichergestellt, daß derjenige der arbeitet, in jedem Falle mehr hat als jemand der nicht arbeitet und ist der Lohn auch noch so gering. Dies läßt eine deutliche Reduzierung der Löhne zu, was verhindert, daß Arbeitsplätze in andere Länder mit niedrigerem Lohnniveau verlagert werden.

Der Weg zum Ziel.

1. Der Weg von oben nach unten.

Dies wäre der schnellste Weg aus dem Dilemma. Doch dazu müßten die Politiker mitmachen. Hier fehlen Gesprächsbereitschaft und der Wille zu grundlegenden Veränderungen. Dieser Weg, so meine bisherige Erfahrung, ist wohl der steinigste. Ich bin natürlich trotzdem gern bereit, wenn die Zeit dafür (insbes. in den Köpfen der verantwortlichen Politiker) reif ist, an der praktischen Umsetzung von der Spitze der staatlichen Organe her konstruktiv und engagiert mitzuwirken. Ich habe schon sehr konkrete Vorstellungen diesbezüglich entwickelt, bin aber auch bereit über den besten Weg dorthin zu diskutieren und alle berechtigten Interessen zu berücksichtigen. Für entsprechende Gesprächsangebote bin ich jederzeit offen.

2. Der Weg von unten her

Der Goldring ist ein Experiment, das dazu dient, Erfahrungen zu sammeln. Die Funktion hat meine Erwartung voll erfüllt. Die Probleme der Tauschringe sind im Goldring nicht relevant.

Auf einen größeren Maßstab übertragen könnte meine Tätigkeit später einmal in Form einer Staatsbank Realität werden.

Der Goldring hat expansiven Charakter. Wenn er eine gewisse Größe (kritische Masse) überschritten hat, so daß die Marktkräfte voll wirksam werden und womöglich das ganze Land erfaßt, wäre auf diese Weise die Möglichkeit gegeben, das Patentrezept zunächst auf nationaler Ebene zu realisieren. Dazu braucht man keinen politischen Abstimmungsprozeß im engeren Sinn, da die Menschen sich mit Ihrer Teilnahme bewußt und freiwillig dem neuen System, das marktwirtschaftlichen Grundsätzen folgt, angeschlossen haben.

Wenn wir unsere derzeitigen Wirtschaftsprobleme in diesem Sinne beseitigt haben, wird sich das auf viele Problembereiche wie Obdachlosigkeit, Gesundheit, Bevölkerungsentwicklung, Charaktereigenschaften, Kriminalität, und vieles andere, sehr positiv auswirken.

Ich gebe daher der Hoffnung Ausdruck, daß sich dem Goldring schon bald viele neue Mitglieder anschließen werden.

